Ernst Gagliardis letztes Werk : Bismarcks Entlassung

Autor(en): **Muralt, Leonhard von**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse**

Band (Jahr): **23 (1943)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-75016

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ernst Gagliardis letztes Werk: Bismarcks Entlassung[1].

Von *Leonhard von Muralt.*

Das letzte Werk Ernst Gagliardis können wir nicht in die Hand nehmen, ohne tief ergriffen zu sein von der Erfüllung und zugleich der Tragik, die darin liegt. Wir möchten deshalb den so bedeutungsvollen Beitrag eines schweizerischen Historikers zur allgemeinen Geschichte nicht nur in einer kurzen Buchbesprechung an uns vorüberziehen lassen, sondern glauben, einen kleinen Teil unserer großen Dankesschuld abtragen zu können, wenn wir eine ausführliche Schilderung dieser ganz ungewöhnlichen Arbeit versuchen.

Im Oktober 1926 war der «Erste Teil: Die Innenpolitik», abgeschlossen. Damals hoffte der Verfasser, den zweiten Band, «der die Katastrophe des 15.—20. März 1890 darstellen» sollte, bald vorlegen zu können. Die Verkettung verschiedenartiger Faktoren verzögerte aber die Vollendung. Schon während der Drucklegung des ersten Bandes wurden immer wieder neue, für die eingehende Erhellung und Beurteilung der Tatbestände wesentliche Quellen und Untersuchungen veröffentlicht, die Gagliardi nur noch in Anmerkungen verwerten konnte. Da weitere, wichtige Veröffentlichungen zu erwarten waren, lag die Versuchung nahe, den Abschluß des zweiten Teiles immer wieder hinauszuschieben. Dann traten aber neue, in gewissem Sinne näherliegende Aufgaben an den Verfasser heran. Die Schweizergeschichte [2] sollte in zweiter,

---

[1] Ernst Gagliardi, weiland o. Professor an der Universität Zürich: Bismarcks Entlassung. Erster Teil: Die Innenpolitik. VIII u. 370 S. 1927, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. Zweiter Teil: Der Ausgang. VIII u. 545 S. 1941, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

[2] Ernst Gagliardi, Geschichte der Schweiz von den Anfängen bis zur Gegenwart. Umgestaltete und erweiterte Ausgabe mit 548 Bildern. 3 Bände, Orell Füßli Verlag, Zürich-Leipzig, 1934/1938.

bedeutend erweiterter Auflage herausgegeben werden und die Universitätsgeschichte [3] beanspruchte Zeit und Kraft des Ordinarius für neuere Geschichte. Müssen wir es angesichts des Torso des Bismarckwerkes bedauern, daß Zürich und die Schweiz sich so sehr vorgedrängt hatten? Ich meine, keineswegs! Die große «Geschichte der Schweiz von den Anfängen bis zur Gegenwart» in ihrer stofflichen Fülle und ihrer geistigen Durchdringung, in ihrer eigenwilligen Form und ihrem tiefen vaterländischen Ethos ist uns das eigentliche Vermächtnis Gagliardis. Je größer der Zeitraum wird, der uns von seinem Leben trennt, umso unentbehrlicher wird uns dieser Begleiter durch unsere Landesgeschichte, wie ihn wohl nicht so bald wieder ein einzelner Geschichtschreiber schaffen wird. Und kein Freund unserer Universität, geschweige denn einer ihrer Dozenten oder Studenten möchte je gerade diese Universitätsgeschichte missen, mit ihrer gründlichen Behandlung jeder Einzelheit wie ihrer geistigen Gesamthaltung und ihren trefflichen persönlichen Charakterzeichnungen. Beide Werke traten dem Bismarckbuch allerdings umso mehr in den Weg, als sie, besonders die Universitätsgeschichte, jene Eigentümlichkeit in Gagliardis Schaffen zeigten, die immer wieder hervortrat und vom Menschen Gagliardi fast titanenhafte Kräfte verlangte, das Bedürfnis und der Wille, den Stoff und die Quellen erschöpfend heranzuziehen. Schon in der breitangelegten Monographie «Der Anteil der Schweizer an den italienischen Kriegen 1494—1516» [4], die ja auch unvollendet bleiben mußte, war dieser Zug hervorgetreten. Während dann die erste Auflage der Schweizergeschichte [5] jene klare,

---

[3] Die Universität Zürich 1833—1933 und ihre Vorläufer. Festschrift zur Jahrhundertfeier herausgegeben vom Erziehungsrat des Kantons Zürich, bearbeitet von Ernst Gagliardi, Hans Nabholz und Jean Strohl. Zürich 1938, Verlag der Erziehungsdirektion.

[4] Ernst Gagliardi, Der Anteil der Schweizer an den italienischen Kriegen 1494—1516. Herausgegeben durch die Stiftung Schnyder von Wartensee in Zürich. I. Band: Von Karls VIII. Zug nach Neapel bis zur Liga von Cambrai 1494—1509. Zürich 1919, Verlag von Schultheß & Co.

[5] Ernst Gagliardi, Geschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis auf die Gegenwart. Zwei Bände, 1. bis 3. Tausend, Rascher & Co., Verlag, Zürich 1920. Dritter Band: Von 1848 bis 1926, Orell Füßli Verlag Zürich/Leipzig/Berlin 1927.

geistig ungemein wache und die Zusammenhänge überraschend sicher erkennende Gesamtdarstellung auf Grund der bisherigen Forschung brachte und uns gerade deshalb vielleicht das liebste Werk Gagliardis ist, hatte der unermüdliche Historiker dann den Wunsch, für die zweite Auflage möglichst umfassend die neuere Einzelforschung, besonders auch wertvolle Dissertationen und Sonderpublikationen heranzuziehen und sich durch mündliche Beratung über den Stand der Forschung orientieren zu lassen. Das erhöhte nicht nur den Umfang, sondern beanspruchte auch sehr viel Zeit und Kraft. Erst recht war dies aber bei der gründlichen Bearbeitung der Geschichte der hundert Jahre der Zürcher Universität, mit ihren vielerlei politischen und kulturgeschichtlichen Zusammenhängen und Ausblicken, der großen Zahl der persönlichen Schicksale und der mannigfaltigen Gelehrtenlaufbahnen, von denen doch jede irgendwie für das Ganze von Bedeutung war, der Fall. Nun meldete sich aber dieser Wille, die Quellen erschöpfend heranzuziehen, ganz besonders beim Bismarckwerk, und selten kann wohl ein Wortspiel mit solchem Ernst gebraucht werden wie hier, da die erschöpfende Behandlung des Stoffes und der Quellen buchstäblich auch den Bearbeiter bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen haben. Eine so gewaltige Arbeit war aber durchaus notwendig. Das beweisen schon die zahlreichen Berichtigungen, die Gagliardi in rein tatsächlichen Fragen gegenüber früheren Darstellungen über Bismarcks Entlassung geben kann. Da die Hauptbeteiligten, Wilhelm II. und Bismarck selber, die Vorgänge sehr subjektiv nicht nur beurteilten, sondern in der Erregung der entscheidenden Stunden und im späteren Drange, sich zu rechtfertigen, oft verkürzt, ja geradezu verdreht und infolge Gedächtnisirrtümern auch lückenhaft darstellten, konnte nur die genaue Gegenüberstellung verschiedenartiger Zeugnisse und Aussagen ein annähernd sicheres Bild geben. Alle diese Quellen sind in einem fast übermächtigen Anmerkungsapparat genannt und meistens auch wörtlich abgedruckt. Ein vollständiges Quellen- und Literaturverzeichnis hätte gerade die Benutzung dieses Teiles des Werkes sehr erleichtert. Es durfte aber doch wohl dem Verlage nicht zugemutet werden, da es sich geradezu zu einer Bibliographie der Spätzeit Bismarcks hätte ausweiten müssen.

Dem zweiten Teil liegen natürlich zunächst dieselben Quellen zugrunde wie dem ersten. Die Anmerkungen des zweiten Bandes können denn auch nicht ohne diejenigen des ersten benutzt werden. Oft kann der Leser den Titel einer Publikation kaum mehr finden. Neben Bismarcks eigener Erzählung im dritten Bande der «Gedanken und Erinnerungen» stehen an erster Stelle die Berichte der Bundesratsgesandten, des Grafen Lerchenfeld an Bayern, des Grafen Hohenthal an Sachsen, des Freiherrn von Marschall an Baden, des Grafen Zeppelin und R. von Mosers an Württemberg, dann die Aufzeichnungen vieler beteiligter Persönlichkeiten, des Staatssekretär des Innern von Boetticher, des Chefs der Reichskanzlei von Rottenburg, des Landwirtschaftsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen, des Finanzministers von Scholz, des Handelsministers von Berlepsch, des Botschafters von Radowitz, dann die Denkwürdigkeiten des Chefs des Generalstabes von Waldersee, sowie sein Briefwechsel, der erst 1928 von O. Meissner herausgegeben worden war, ferner die Denkwürdigkeiten des späteren Reichskanzlers, des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, die Erinnerungen des intimen Freundes Wilhelms II., des Fürsten Philipp zu Eulenburg, auch Berichte fremder Gesandter, des Ungarn Széchényi, des Schweizers Roth u. a. Während die wichtigsten Quellen am Anfang des ersten Bandes genannt sind, erscheinen viele andere erst später, vor allem in den zusätzlichen Anmerkungen des I. Teiles. Natürlich benutzte Gagliardi häufig das Aktenwerk «Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, Berlin 1922—27», überdies sehr viele ungedruckte Quellen aus den einschlägigen Archiven, sehr häufig etwa «die Berichte des österreichischen Botschafters in Petersburg, des Grafen Wolkenstein», oder des österreichischen Botschaftsrates Eißenstein im Staatsarchiv Wien, dann ungedruckte Akten des Auswärtigen Amtes in Berlin, des Eidgenössischen Politischen Departementes im Bundesarchiv in Bern usw. Neu kommen im II. Teil insbesondere hinzu: Die «Erinnerungen von Bismarcks Anwalt», Justizrat Ferd. Philipp, die Denkwürdigkeiten und Briefe des deutschen Botschafters in Petersburg, des Generals von Schweinitz, das «Tagebuch W. M. Lamsdorf (1886—1890)», des ersten

Mitarbeiters des russischen Außenministers Giers, die Briefe der Königin Viktoria von England und ihrer Tochter, der Kaiserin Friedrich, die Briefsammlung «Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks», herausgegeben von Paul Wentzcke, die «Bismarckgespräche der Spätzeit», herausgegeben von Erich Marcks, die Briefe der Gemahlin Johanna von Bismarck an ihren Sohn Wilhelm und ihre Schwägerin, verschiedene Briefpublikationen Gustav Freytags und Theodor Fontanes, dann die schon in den neunziger Jahren erschienenen fünf Bände der «Gesammelten Schriften» von Ludwig Bamberger, einer der bedeutendsten liberalen Gegner Bismarcks, während beispielsweise «Bismarcks großes Spiel», die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers, die erst 1932 in Frankfurt a. M. erschienen, nicht mehr benutzt werden konnten. Neben diesen eigentlichen Quellen, die wir hier nicht vollständig nennen können, benutzte Gagliardi natürlich auch eine umfangreiche Literatur über Bismarcks Sturz und über den großen Kanzler und seine Zeit überhaupt und setzte sich mit ihr Schritt für Schritt auseinander. Wir möchten hier auf eine weitere Aufzählung verzichten.

Unsere sehr summarische Liste möchte nur einen schwachen Begriff davon geben, was der Verfasser alles durcharbeiten mußte. Die breite Wiedergabe vieler Quellenstellen im kritischen Apparat, der an Umfang den Text eher übertrifft, mag manchem Leser als Beeinträchtigung einer erfreulichen Lektüre erscheinen. Für uns Historiker ist sie aber von höchstem Interesse. Die Wiedergabe ungedruckter Quellen ist ganz selbstverständlich hochwillkommen, da sie ja sonst kaum zugänglich wären, aber auch die vielen Partien aus gedruckten Werken unmittelbar unter Gagliardis eigenem Text sind durchaus erwünscht. Sie ersparen uns nicht nur das Nachschlagen in den betreffenden Publikationen, sie bieten nicht nur sehr viele sachlich wertvolle und interessante Einzelheiten, sondern sie gewähren uns den Einblick in das Schaffen des Gelehrten. Der schon erwähnte Wille Gagliardis, die Quellen erschöpfend heranzuziehen, und dann ihre Wiedergabe in diesem umfangreichen Anmerkungsteil offenbaren uns den verehrten Lehrer und Kollegen im eigentlichsten Sinne als Forscher, für den zunächst der Forschungsvorgang von größter Wichtigkeit ist; denn

erst wenn er die überhaupt möglichen und erreichbaren Quellen alle in der Hand hat, kann er sagen, wie zuverlässig die vergangene Wirklichkeit selber noch zu erfassen ist. Dies ist aber doch die Grundvoraussetzung für die Bildung eines eigenen Urteils. Der Lehrer, der Dozent, der Erzähler und Deuter der Geschichte wird ja oft genug auf die Ergründung dieser Voraussetzung verzichten müssen und mit der bald sicheren, bald sehr problematischen Gabe seiner historischen Intuition seinen Zuhörern und Lesern ein Bild schaffen müssen. Auch darin liegt wissenschaftliche Arbeit und Verantwortung. Daß Gagliardi dazu begabt und fähig war, hatte er in der ersten Auflage seiner Schweizergeschichte und in seinen Vorlesungen zur Genüge bewiesen. Seine Hauptschaffenskraft, sein ganz persönliches Interesse, seine Freude als Historiker und als Persönlichkeit wandte er aber eben der Forschung zu. In ihr sah er die Hauptaufgabe seines Könnens und Lebens, sie mußte er erfüllen, sie nahm ihn ganz in ihre Herrschaft, möchte man sagen, und zwang ihn zu seinen ungeheuren Leistungen. Das ist aber auch die tiefste Befriedigung des Geschichtsforschers, so ganz und erschöpfend in der Fülle der Quellen drinzustehen, dadurch das höchstmögliche Maß von Sicherheit zu erringen und so Herr des betreffenden Stoffes zu sein. Nur in solcher Gestalt seiner Arbeit konnte Ernst Gagliardi seine Meisterschaft erweisen.

Die beiden Bände, wenn auch als Ganzes ein Torso, bilden doch eine Einheit. Der erste Band mit seinem Untertitel «Die Innenpolitik» ließ eine sachliche Gliederung der beiden Teile erwarten. Eine solche konnte aber nicht durchgeführt werden. Vielmehr stellt das ganze Werk eine im allgemeinen chronologisch fortlaufende Darstellung der Ereignisse mit nur untergeordneter sachlich-systematischer Gruppierung dar. Wie Gagliardi im Vorwort zum ersten Bande sagte, wollte er zunächst das Tatsächliche ermitteln, dann die ursächliche Verknüpfung aufzudecken versuchen und schließlich «wenigstens andeutungsweise die Gesamtpersönlichkeit beleuchten: allerdings nicht deren durch acht Jahrzehnte stetig sich fortbildende Entwicklung, sondern lediglich den Politiker eines bestimmten Augenblicks, ja in gewissem Sinne des Verfalls». Gerade diese dritte Aufgabe ist im zweiten Bande in großartiger Weise erfüllt worden.

Versuchen wir, Gagliardi auf seinen Wegen zu folgen. Er hatte zunächst auf eine Darstellung der Vorgeschichte des Konfliktes, die ausführlich bei Wilhelm Schüßler, Bismarcks Sturz, Leipzig 1921, behandelt worden war, verzichtet. Trotzdem kam er gegen Ende des ersten Bandes darauf zu sprechen im Zusammenhang mit der Schilderung der Stellung des Großherzogs von Baden zur Krisis und zu Bismarck überhaupt. Der greise Oheim des jungen Kaisers hatte Bismarck im März 1888 in der Battenberg-Affäre unterstützt. Der Lenker der deutschen Außenpolitik verhinderte damals die Heirat des einstigen Fürsten von Bulgarien, Alexanders von Battenberg, mit Wilhelms II. Schwester, der Prinzessin Viktoria von Preußen, um einen durch eine solche Verbindung geradezu provozierten Bruch mit Rußland zu vermeiden. Gagliardi zeigte dann, wie der Großherzog in der Folge jedoch eine andere Haltung einnahm, Bismarcks Politik gegenüber Rußland nicht mehr guthieß, sich in der Arbeiterfrage auf die Seite des Kaisers stellte und damit wesentlich zum Ausbruch des Konfliktes beitrug. Diese Auffassung wird durch einen erst 1930 im Berliner Tageblatt veröffentlichten Brief des Großherzogs, den Gagliardi nun in Anmerkung 445 des zweiten Teiles verwenden kann, bestätigt. Da Bismarck 1889, nachdem er mit dem Battenberger im Jahre zuvor glücklich fertig geworden war, jede neue Störung der Beziehungen zu Rußland vermieden wissen wollte, mußte er Wilhelms II. Plänen einer Orientreise entgegentreten. Aus der dadurch entstehenden Verstimmung heraus lehnte er die Teilnahme an Manövern in Hannover ab. Aufmerksamen Beobachtern galt schon im Oktober 1889 die Stellung des Kanzlers als erschüttert. Weitere zur Vorgeschichte gehörende Ereignisse, insofern sie das Verhältnis Wilhelms II. zu Rußland betreffen, erzählt Gagliardi dann erst im zweiten Band, offenbar hierin noch dem ursprünglichen Plan einer sachlichen Gruppierung des Stoffes folgend. Das 13. Kapitel — das 1. des II. Teiles — schildert, welche Mühe Bismarck damit hatte, die Verstimmung des Kaisers gegenüber Zar Alexander III. zu bekämpfen und schließlich die Beziehungen zu Rußland so weit zu bessern, daß der Besuch des Zaren in Berlin vom 11. bis 13. Oktober 1889 möglich wurde. Dabei sollte Bismarck gegen das ungeschickte Treiben seines

Souveräns seinen letzten bedeutenden außenpolitischen Erfolg erringen, indem er noch einmal das Vertrauen des russischen Alleinherrschers für seine Friedenspolitik zurückzugewinnen vermochte. Daß Alexander III. in dieser Unterredung Bismarck aber fragen konnte, ob er im Amte bleiben werde, zeigt, wie sehr seine Stellung in den Augen Dritter damals schon als gefährdet erschien. Das Verhältnis des Kaisers zu seinem Kanzler war nämlich auch durch des letzteren Mißerfolg gegenüber der Schweiz im sogenannten Wohlgemuth-Handel, durch Meinungsverschiedenheiten über das Verhalten der Regierung gegenüber dem Bergarbeiterstreik im Mai 1889, durch Differenzen über die Zulassung russischer Eisenbahnobligationen an der Berliner Börse getrübt worden. Bismarck hatte dann in den folgenden Monaten, von Ende 1889 bis zum eigentlichen Beginn der Krisis im Kronrat des 24. Januar 1890, vor allem auch, weil er zu lange von Berlin fern blieb, den notwendigen Einfluß auf den Souverän so gut wie ganz verloren. Eine Mitschuld dafür fällt auf Bismarcks ältesten Sohn, den Grafen Herbert v. Bismarck-Schönhausen, den Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Gagliardi kommt am Ende des zweiten Bandes noch einmal ausführlich auf die Rolle des Sohnes zurück und zeigt besonders in einer neun Seiten langen Anmerkung 455 g, wie die zwischen Wilhelm II. und Herbert Bismarck früher vorhandene Freundschaft einer starken Entfremdung Platz machen mußte, wie der Vater den Sohn völlig in seinen Bann zog, in ihm zwar seinen besten und vertrautesten Mitarbeiter in außenpolitischen Fragen fand, wie Herbert dafür aber das Opfer seiner eigenen persönlichen Lebensgestaltung bringen mußte. Er hielt tatsächlich im Laufe des Jahres 1889 den Vater lange in Friedrichsruh fest, damit er seine Gesundheit schone. Bismarck wäre wohl, wenn er früher und häufiger in Berlin gewesen wäre, durch die Pläne des Kaisers weniger überrascht worden, der sachliche Gegensatz hätte dadurch jedoch kaum überwunden werden können. Dieser trat nun zu Beginn des Jahres 1890 in voller Schärfe hervor.

Um ein Verständnis des ganzen Werkes Ernst Gagliardis zu gewinnen, fassen wir zunächst noch einmal den Hauptinhalt des I. Teiles zusammen.

Ohne vorher über den Gegenstand der Beratungen unterrichtet worden zu sein, traf der Fürst erst am 24. Januar 1890 nur wenige Stunden vor dem entscheidenden Kronrat in Berlin ein. Eine kurze Sitzung des Ministeriums brachte keine wirklich vorbereitende Klärung. Im Kronrat selber trat nun Bismarck den Anträgen Wilhelms II. zur Behandlung der Arbeiterfrage entschieden entgegen. Aus diesem Zusammenstoß mußte nicht unbedingt ein Bruch folgen. Bismarck dachte aber unverzüglich daran, seine mehr die Innenpolitik betreffenden Ämter aufzugeben, «um sich ganz und gar auf sein «Altenteil», die auswärtige Politik und die Führung der preußischen Stimme im Bundesrat, zurückzuziehen» (I, 69). Der Kaiser ging gern auf den Vorschlag des Kanzlers ein, ihn durch die Ernennung des Oberpräsidenten von Berlepsch zum Handelsminister zu entlasten. Ja, Bismarck äußerte die Absicht, sich sogar ganz aus dem preußischen Dienste zurückzuziehen und auch das Amt eines preußischen Ministerpräsidenten einem andern — Boetticher machte sich darauf Hoffnungen — zu überlassen. Trotzdem begann er den Kampf gegen die kaiserlichen Pläne einer Arbeiterschutzgesetzgebung. Er ging zwar auf die Einberufung einer internationalen Konferenz für Arbeiterfragen ein, da er damit des Kaisers Wünsche zu sabotieren hoffte. Die kaiserlichen Erlasse über Sozialpolitik ließ er am 4. Februar 1890 ohne seine Gegenzeichnung veröffentlichen. In den folgenden Tagen traf ihn aber die Zustimmung des Kaisers zu seinen Rücktrittsabsichten als preußischer Ministerpräsident und die passive Haltung seiner engern Mitarbeiter zu hart. Da Kaiser Wilhelm I. während der langen Zeit seiner Zusammenarbeit mit Bismarck den Rücktrittsdrohungen immer nachgegeben hatte, war beim Kanzler gleichsam ein Gewohnheitsrecht entstanden, durch eine solche Drohung seine Stellung zu festigen. Im Grunde wollte und konnte er auch nicht freiwillig gehen, weil ja nur er allein, wie wir zeigen werden, in entscheidender Stunde die Außenpolitik des Reiches leiten konnte. Als er sich nämlich die Konsequenzen überlegte, erkannte er die Undurchführbarkeit eines teilweisen Rücktrittes; denn damit wäre fraglich geworden, wer die preußische Stimme im Bundesrat zu führen gehabt hätte. Was wäre geschehen, wenn dort ein Anderer gegen ihn aufgetreten wäre? So entschloß er sich, in

allen seinen wichtigen Schlüsselstellungen zu bleiben. Wilhelm II. war darüber bitter enttäuscht. Der Herrscher und sein erster Diener begannen einander nun in der unerfreulichsten Weise entgegenzuarbeiten. Sie machten etwa dem schweizerischen Gesandten Roth widersprechende Mitteilungen über die Haltung Deutschlands in der Frage der internationalen Arbeitskonferenz. Allerdings trat dann scheinbar zwischen Kaiser und Kanzler ein gewisser Waffenstillstand ein. Durch die Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 hatte das sogenannte Kartell, die Bismarck gefügigen Parteien der Konservativen, der Nationalliberalen und der Reichspartei, eine schwere Niederlage erlitten. Die genauen Zahlen und die neue Verteilung der Sitze teilt Gagliardi erst in Anmerkung 429 des II. Teiles mit. Der Kaiser schien nun den eisernen Kanzler noch einmal für die Militärvorlage nötig zu haben. Bismarck rechnete mit dieser seiner Unentbehrlichkeit und verschärfte den Konflikt. Da Wilhelm II. sich gerne direkt von den einzelnen Ressortchefs Vortrag halten ließ und dann oft über den Kopf des Ministerpräsidenten hinweg Befehle gab, sodaß eine einheitliche Geschäftsführung sehr erschwert wurde, ließ Bismarck eine alte Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV. von 1852 erneuern, wonach sämtliche von den einzelnen Ressorts an den König zu erstattende Immediatberichte zunächst dem Ministerpräsidenten vorzulegen waren. Bismarck bemerkte dazu ausdrücklich, er wolle nicht den Immediatverkehr der Herren Staatsminister in laufenden und bekannten Geschäften hindern. Dies wurde aber von den Betroffenen überhört. Der allmächtige Staatslenker hatte vergeblich gehofft, dadurch die Zügel noch einmal in die Hand zu bekommen; denn der Kaiser war schließlich doch nicht gewillt, mit dem neuen Reichstag einen scharfen Kampf aufzunehmen, ja ihn nötigenfalls aufzulösen und damit womöglich einen neuen Verfassungskonflikt im Stile von 1862 heraufzubeschwören. Es scheint mir psychologisch besonders interessant, daß der alternde Kanzler oft gerade auf diese Anfänge seines Wirkens hinwies. Er glaubte, auch jetzt mit dieser damals erfolgreichen Methode zum Ziele zu gelangen, und erkannte nicht, daß Personen und Zeiten sich geändert hatten. Wilhelm II. gab den Hieb, den er durch die Erneuerung der Kabinettsordre von 1852 erhalten hatte, zurück,

indem er Bismarcks Stellvertreter, Staatssekretär des Innern von Boetticher, ohne den Vorgesetzten zu fragen, den höchsten preußischen Orden, den Schwarzen Adler, verlieh. Bismarck hatte längst in seinem nächsten Untergebenen und Mitarbeiter seinen gefährlichsten Feind gesehen. Boetticher sollte sich nach Bismarcks Auffassung unbedingt auf die Seite seines direkten Vorgesetzten stellen und ihn in allen Dingen sachlich unterstützen. Der Staatssekretär gab sich aber dazu her, die Pläne seines Kaisers, schließlich seines allerhöchsten Herrn, zu befürworten. Insofern hatte er natürlich die Stellung und das Gewicht des Kanzlers gegenüber dem Kaiser geschwächt, während früher Bismarck sich oft gegen Wilhelm I. auf die volle Übereinstimmung des ganzen Ministeriums mit seinem Präsidenten berufen konnte. Bismarck täuschte sich aber, wenn er in Boetticher den Hauptintriganten gegen sich sah. In solchen Künsten trat der Staatssekretär, eher eine subalterne Beamtenfigur, weit hinter Generalstabschef Waldersee zurück. Gagliardi schildert Waldersees Einfluß auf den Kaiser in militärischen und politischen Fragen schon ausführlich im ersten Band. Es scheint erwiesen, daß der General Manöver so einrichtete, daß der Kaiser mit seinen verkehrten Operationen doch Sieger blieb. Waldersee verschärfte aber den Konflikt Wilhelms II. mit Bismarck vor allem durch sein Eingreifen in die Politik, indem er dem Monarchen auf Grund der Berichte, die er sich unter Umgehung des diplomatischen Dienstes von den Militärattachés geben ließ, ein anderes Bild über die Kriegsgefahr mit Rußland vormachte, weil er selber den Präventivkrieg wünschte. Gagliardis Urteil lautete (I, S. 259, Anm. 338): «Soweit persönliche Einwirkungen überhaupt in Frage kommen, muß Waldersee als der gefährlichste Gegner Bismarcks und als der Haupthebel zu seinem Sturze bezeichnet werden.» Im II. Teile kann er dann das Bild noch ergänzen durch die Angaben der Quellen über jene dunkle Figur im Auswärtigen Amt, den Geheimrat Baron von Holstein. «Es ist gar keine Frage, daß Holstein den Grafen Waldersee zu dessen dolosen politischen Akten gegen Bismarck teilweise überhaupt erst getrieben hat. Seine antirussischen Tendenzen trafen mit denen des Generalstabschefs zusammen... Waldersee war infolge seines Einflusses bei Wilhelm II. zwar der Haupt-

beförderer der Katastrophe. Er selber aber ist zum Teil erst durch Holstein in Bewegung gesetzt worden!» (II, S. 445/46, Anm. 452 t.)

Bismarck hoffte also, der Kaiser werde ihn nicht gehen lassen können, weil ohne ihn die neuen Militärvorlagen im Reichstage nicht durchzusetzen wären. Um seine Unentbehrlichkeit zu verstärken, steigerte er die Forderungen der Regierung und sprach von neuen Steuern, durchaus in der Erwartung, es werde deswegen zum Konflikt mit dem Reichstag kommen und er, der Kanzler, könne dann allein die verfahrene Situation noch retten. Wilhelm II. wich nun aber zurück und erklärte, sich mit den Artillerieforderungen begnügen zu wollen, für die wohl eine Mehrheit im Parlament zu erwarten war. Die Neuwahlen vom 20. Februar 1890 waren nämlich doch Ausdruck einer für Bismarck recht schwerwiegenden Änderung der öffentlichen Meinung gewesen. Noch 1888 hatten seine Rücktrittsabsichten Entsetzen hervorgerufen. Jetzt war der an das Publikum einmal in der Form der Wahlen, dann durch Zeitungsartikel gerichtete Appell vergeblich geblieben. Bismarcks intransigente Haltung den sozialen Erfordernissen der Zeit gegenüber wurde nicht mehr verstanden. Die allgemeinen Anschauungen lagen auf der Seite des Kaisers. Der immer noch ungewöhnlich bewegliche Staatsmann, immer bereit, wenn ein Weg sich als ungangbar erwies, einen andern zu suchen, kam nun auf die Idee, sich mit Hilfe des Zentrums eine neue Mehrheit im Reichstage zu schaffen. Seine Annäherungsversuche stießen aber auf den heftigsten Widerstand der Konservativen und seine Unterredung mit dem Zentrumsführer Windthorst, wahrscheinlich am 12. März 1890, wirkte auf den Kaiser wie ein rotes Tuch. Trotzdem die Fühlungnahme ergebnislos verlief, verlor doch der Kanzler dadurch seine bisherigen Freunde im Reichstag, die Kartellparteien. Die weitere Zuspitzung der Spannung wurde durch die Treibereien Waldersees und den Einfluß des Großherzogs von Baden auf den Kaiser verschärft.

Bis zu diesem Punkte im chronologischen Verlauf der Dinge war Gagliardis Erzählung im ersten Bande gekommen. Der Anfang des II. Teiles — «13. Kapitel: Wilhelm II. und Rußland» — greift, wie wir schon erwähnten, noch einmal zeitlich zurück, um zu zeigen, wie nun auch Meinungsverschiedenheiten in außen-

politischen Fragen den Gegensatz zwischen dem jungen Monarchen und seinem großen Ratgeber unheilvoll auf die Spitze trieben. Den Erfolg, den Bismarck in seiner Unterredung mit Zar Alexander III. in Berlin noch errungen hatte, drohte nämlich die Ungeschicklichkeit des stürmischen Souveräns wieder zunichte zu machen. Um weiteren Taktlosigkeiten Wilhelms II. vorzubeugen, mußte Bismarck die für den Sommer 1890 geplante Reise des Kaisers nach Rußland verhindern. Um ihm zugleich Mitteilung über seine Unterredung mit Windthorst zu machen, ließ er deshalb am 14. März anfragen, ob er an diesem oder dem folgenden Tage zum Immediatvortrag erscheinen solle. Damit nimmt nun das «14. Kapitel: Die Unterredung vom 15. März 1890», den Faden wieder auf und beginnt die Darstellung der eigentlichen Katastrophe.

Der Kaiser ließ nämlich Bismarck nicht zu sich kommen, sondern sagte erst nach zehn Uhr nachts am 14. März auf den folgenden Vormittag halb zehn seinen Besuch in die Wohnung Herbert Bismarcks an. Da in der Nacht diese Meldung nicht mehr durchgegeben wurde, mußte Bismarck, der wegen Nachtarbeit und Schlaflosigkeit oft erst gegen Morgen einschlummerte, um neun Uhr unerwartet aufgeschreckt werden. «Die ganze Zitation empfand er deshalb, wie begreiflich, als Rücksichtslosigkeit, wenn nicht als Überfall —» (II, 67). Schon dieses äußere Vorgehen, das man ja nötigenfalls bei Rekruten anwenden kann, nicht aber dem fünfundsiebenzigjährigen Fürsten und Reichsgründer gegenüber, zeigt leider zu deutlich Persönlichkeit und Charakter Wilhelms II. Unter solch unerfreulichen Bedingungen begann also am 15. März 1890 die entscheidende Aussprache. Zuerst kam das Gespräch auf die Unterredung Bismarcks mit Windthorst. Wilhelm II. verlangte, der Kanzler hätte eine solche nicht gewähren dürfen, ohne vorher den Souverän anzufragen, während Bismarck erklärte, der enge Kontakt mit den Abgeordneten gehöre zu seinen wichtigsten Amtsbefugnissen, er könne sich einer solchen Kontrolle in Einzelheiten und über seine persönliche Stellung im eigenen Hause nicht unterwerfen. Dann kam die Kabinettsordre von 1852 an die Reihe. Bismarck erklärte vergeblich, wie er sie verstanden wissen wollte. Der Kaiser behauptete hart-

näckig, die Ordre schränke seine königliche Prärogative ein, und verlangte ihre Zurücknahme. «Daß Wilhelm II. — nachdem er Bismarck wegen der Erneuerung der Kabinettsordre zur Entlassung gezwungen hatte — mühelos seine Zustimmung zu ihrem nur formell veränderten Wiederinkrafttreten gab, ist freilich nicht seine einzige Inkonsequenz in dieser ganzen Krise!» (II, 75, Anm. 363 s), urteilt Gagliardi in einer seiner so treffsicheren Randbemerkungen. Als der Monarch trotz der Weigerung Bismarcks auf seinem Willen beharrte, «ergriff der Kanzler eine große Schreibmappe und warf sie mit Knall vor dem Souverän auf den Tisch, während jener fürchtete, er würde ihm zuletzt noch das Tintenfaß an den Kopf schleudern» (II, 76). Es ist klar, daß derartige dramatische Bilder nicht nur etwa einen Mangel an Selbstbeherrschung zeigen, sondern der voll und ganz berechtigte Ausdruck einer ungeheuren Spannung sind, die durch die ungebührlichen Forderungen des Monarchen an seinen ersten Mitarbeiter erzeugt worden war. Dann kam noch der für den Sommer 1890 beabsichtigte Besuch beim Zaren zur Sprache. Nun rächte sich Bismarck, indem er dem Kaiser geheime Meldungen aus Petersburg, die über London in seine Hand gekommen waren und höchst ungünstige angebliche Äußerungen des Zaren über Wilhelm II. enthielten, vorlegte. Nachdem der Kaiser noch die Absicht kundgegeben, er wolle die Militärforderungen soweit herabsetzen, daß sie vom Reichstage angenommen würden, mit andern Worten, er habe also in dieser Sache den Kanzler auch nicht mehr nötig, verabschiedete er sich. «Der Kanzler begleitete jedenfalls den Monarchen nun bis an die Treppe vor der Haustür, wo Wilhelm II. — im Begriff, unter den Augen der Dienerschaft in den Wagen zu steigen — nach der anfangs deutlich hervortretenden Verstimmung sich jetzt plötzlich auf die ihm kraft eigenen Willens auferlegte Rolle des gnädigen Königs besann, die Stufen wieder hinaufsprang und dem Fürsten vor allen Anwesenden mit Lebhaftigkeit die Hand schüttelte» (II, 82).

Bismarck konnte also wissen, daß der Kaiser ihn nicht mehr wollte. Der verantwortliche Lenker der deutschen Außenpolitik durfte aber jetzt das Schiff nicht verlassen; denn er erwartete die Rückkehr des russischen Botschafters, des Grafen Paul Schuwalow,

nach Berlin, der die entscheidenden Instruktionen über die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages persönlich in Petersburg eingeholt hatte. Der Kaiser dagegen rechnete mit dem sofortigen Rücktritt. Als dieser am 16. März nicht von selber kam, schickte er den Chef des Militärkabinetts, General von Hahnke, zum Kanzler, um die Aufhebung der strittigen Kabinettsordre zu monieren oder dann das Entlassungsgesuch zu holen. Unterdessen hatte Bismarck dem Kaiser Berichte eines deutschen Konsuls in Kiew vorlegen lassen, die von russischen Truppenverschiebungen in westlicher Richtung sprachen. Wilhelm II., dem ja Waldersee längst die russische Gefahr an die Wand gemalt hatte, sah darin ihre Bestätigung und fing Feuer. Er versah die Berichte mit aufgeregten Randbemerkungen und legte «den ins Auswärtige Amt zurückgeschickten Akten ein offenes, also durch die Bureaus gehendes Handbillet an den Kanzler bei: «Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen im vollsten strategischen Aufmarsch sind, um zum Krieg zu schreiten. Und muß ich es sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf die furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoe meinerseits nicht mehr zu denken! Die Berichte sind vorzüglich» (II, 113/14). Damit enthüllte Kaiser Wilhelm II. sein geradezu lächerliches Talent, die Wirklichkeit falsch einzuschätzen und die Dinge zu verzerren. Der Überblick über die aus Rußland eingetroffenen Nachrichten, den Bismarck natürlich hatte, hätte ihn belehren können, daß es sich nicht um bedrohliche Truppenverschiebungen handeln konnte. In den ihm nicht vorgelegten Berichten aus Kiew standen nur nebensächliche Einzelheiten und andere Dinge, die Berichte waren übrigens erst am 15. März eingetroffen. Der Kaiser überschüttete also den Kanzler mit lauter ungerechtfertigten Vorwürfen. Sein Verhalten war im Grunde so grotesk, daß nicht einmal Bismarck, der ihn ja schließlich zur Genüge kannte, eine derartige Interpretation der Kiewer Berichte hatte erwarten können. In einem sofort erstatteten Immediatbericht legte er die vollkommene Grundlosigkeit der kaiserlichen Beschuldigungen gegen

Rußland dar. Angesichts solcher Auffassungen seines Monarchen über die auswärtige Politik konnte natürlich der Kanzler seinen Posten erst recht nicht freiwillig verlassen; denn nun war am 17. März der Botschafter Schuwalow eingetroffen und hatte unverzüglich Bismarck erklärt, zu Verhandlungen über die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages von 1887 ermächtigt zu sein, allerdings vorerst nur mit Bismarck Vater und Sohn. Eine große Entscheidungsstunde deutscher Politik und Geschichte stand bevor. Das Zusammentreffen der Ereignisse hätte nicht dramatischer sein können. Inzwischen hatte nämlich an demselben 17. März Wilhelm II. den General v. Hahnke zum zweiten Male zu Bismarck geschickt, mit dem Ultimatum, die Kabinettsordre zurückzuziehen oder die Entlassung einzureichen. Der Kanzler konnte nur das erstere wieder ablehnen und damit den erzwungenen Rücktritt auf sich nehmen. Noch am gleichen Tage machte er in einer Ministersitzung davon Mitteilung. Keiner seiner Kollegen rührte einen Finger für ihn. Da Bismarck noch Zeit brauchte, um sein Entlassungsgesuch zu formulieren, der Kaiser aber nicht mehr warten konnte, schickte letzterer nun den Chef des Zivilkabinetts, Lucanus, mit der Frage, warum das Abschiedsgesuch noch nicht eingegangen sei. Die Abendszene dann, da der Kaiser mit Eulenburg und Andern musizierte, bis ihm endlich der Eingang von Bismarcks Abschied angekündigt wurde, spottet im Grunde jeder Beschreibung, ebenfalls die nun folgenden «dekorativen Begleiterscheinungen» der huldvoll, gnädigen Entlassung des großen Reichskanzlers, durch die die Öffentlichkeit über den eigentlichen Hergang völlig getäuscht wurde, indem der Glaube erweckt war, Bismarck sei freiwillig gegangen. Mit der Ernennung des Generals der Infanterie, Leo v. Caprivi, zum Nachfolger im Kanzleramt, derjenigen des badischen Bundesratsgesandten Freiherrn von Marschall zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt als Nachfolger des ebenfalls zurücktretenden Herbert Bismarck, und schließlich mit dem Abschied Bismarcks aus seinem Wirkungskreis endet die Erzählung der äußern Vorgänge.

Den Hauptinhalt des zweiten Bandes bilden aber nun die großen Kapitel über die «Wirkungen im Ausland», die «Innerpolitische Bilanz und Bismarcks Reichsverfassung», «Die Wirkung

des Sturzes in Deutschland». Sie führen uns in großartiger Erfassung der Gesamtheit der Probleme auf die wichtigen Sachfragen, sowie zur Würdigung der Persönlichkeit und des Werkes Bismarcks zurück, die Gagliardi schon im ersten Bande begonnen und weitgehend vorbereitet hatte. Gerade indem der Referent an den Versuch herangeht, diese Sachfragen in kurzen Zügen hier nachzuzeichnen, wird er auf die Einsicht geführt, welch großer, einheitlicher Gedankengang, welche wahrhaft historische Gesamterfassung durch das ganze Werk hindurchgeht. Diese erscheint umso bemerkenswerter, wenn man an die überwältigende Fülle des Stoffes und die große Zeitspanne denkt, in der Gagliardi diese Kapitel geschrieben hat. Aber eben die vielen Einzelzüge, die mannigfaltigen Haupt- und Nebenerscheinungen sind aus einer Gesamtkonzeption heraus verstanden und eingeordnet, und daraus wird allen Lesern klar werden, wie sehr gerade das Bismarck-Werk in den letzten Jahren Ernst Gagliardis im Mittelpunkt seines historischen Denkens gestanden haben muß.

Um das Wesentliche erfassen zu können, scheint eine gewisse sachliche Gruppierung notwendig. Ausgehend von der Persönlichkeit Bismarcks, betrachten wir sein innerpolitisches Werk, seine persönliche Herrscherstellung im Deutschen Reich mit ihren Wirkungen auf das Volk und die Volksvertretung und im besondern auf die sozialpolitischen Fragen, in denen der Kanzler in den schärfsten Gegensatz zu seinem Monarchen geraten sollte. Daran knüpft sich die Frage, ob diese innerpolitische Konzeption im Grunde durch die außenpolitische Stellung des Reiches bedingt gewesen sei, wie Bismarck überhaupt die Außenpolitik meisterte und schließlich, welchen Problemen der Primat zuzuweisen sei. Mit der Erörterung dieser Fragen dringt Gagliardi bis zu den letzten Problemen der geschichtlichen Größe überhaupt vor. Wir möchten bei unserer kurzen Nachzeichnung aber vor allem doch den Verfasser selber zum Worte kommen lassen.

«Bismarck ist ja von der Vorsehung gewissermaßen mit seinen eigenen Waffen geschlagen worden», hatte Gagliardi schon im ersten Bande betont (S. 121). Seit 1862 war es seine Tendenz gewesen, die Krongewalt zu stärken, dem Kaiser und König die Macht zu geben, die seinem ersten verantwortlichen Minister ein

selbstherrliches, ja, wie Gagliardi durch das ganze Werk hindurch immer wieder unterstreicht, diktatorisches Wirken gestattete. «Die Grundstimmung seiner geschichtlichen Persönlichkeit bestand, wie aus dem Verlaufe seines ganzen Lebens erhellt, von jeher in der Bereitwilligkeit und Leidenschaft des Kämpfens» (I, 68). Diese «trotzige Größe, der man die Bewunderung nicht versagen kann» (II, 145), verließ ihn auch in den letzten Tagen der Krise nicht. So «hatte sich der Fürst einst die Reichsverfassung durchaus persönlich auf den Leib zugeschnitten» (II, 109). «Bismarcks stets persönlicher gestaltete Diktatur» (II, 265), «die förmliche Gleichsetzung des Werks mit dem eigenen Ich» (II, 297) war also durch den Genius seiner Persönlichkeit bestimmt, dann aber auch vorbereitet und erleichtert durch die Verhältnisse in Preußen, die er bei seinem Amtsantritt 1862 vorgefunden hatte. «Unverändert übte selbst unter ihm der preußische Konservatismus seine Herrschaft, d. h. das Beamtentum nebst den adligen Grundbesitzern, samt den Armeekreisen, soweit diese Autorität nicht durch die Krone selber, also durch den Fürsten persönlich, ausgeübt ward» (II, 283). Gagliardi stellt die historisch wichtigste Frage, «ob dem Kanzler 1870 ein anderer Weg als der tatsächlich von ihm beschrittene überhaupt offen gestanden hätte», und antwortet: «Das alte Preußen, das des Reichsgründers eigene staatliche Vorstellungen naturgemäß entscheidend bestimmte, bildete eben gleichzeitig den Eckstein, ohne den der viel größere Bau gar nicht errichtet werden konnte» (II, 309). Auch hätte Kaiser Wilhelm I. sich kaum je für eine Verstärkung des parlamentarischen Regimes gewinnen lassen (II, 291). So beruhte die Staatsmacht auf dem Zusammenwirken des genialen Staatsmannes und des auf ihn eingehenden, verständnisvollen Monarchen, der ihn durch seine königliche Autorität deckte. Brachte aber nun der Enkel dieses Verständnis für die Bedeutung des Alles persönlich leitenden Kanzlers nicht mehr auf, dann mußte es zum unheilvollen Bruche kommen. Gagliardi bespricht die Ausgestaltung dieser persönlichen Diktatur Bismarcks nach allen Seiten hin. Während der Kanzler «mit dem durch ihn einst geschaffenen Reichstag seit zwanzig Jahren bekanntermaßen in unaufhörlichem erbittertem Kampfe stand» — «er wußte ja dessen Gesamtbedeutung stets niederzuhalten oder einzuschränken»

(II, 268) — spielte er sogar häufig mit dem Gedanken, sich auch über dieses letzte Glied eines Aufbaus der Staatsmacht vom Volke her hinwegzusetzen, ja, wenn nötig, mit Gewalt, oder mit Hilfe der Bundesfürsten und der Vertreter der freien Städte die Reichsverfassung wieder zu ändern, d. h. vor allem das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Reichstag durch ein bedeutend beschränkteres, etwa das preußische, zu ersetzen (II, 274). Gagliardi hatte schon im ersten Bande (S. 192, Anm. 236) gegenüber Delbrück gezeigt, daß allerdings von eigentlichen «Staatsstreichplänen», im Sinne eines wirklich noch sobald wie möglich durchzuführenden gewaltsamen reaktionären Umsturzes, nicht die Rede sein kann, und er kann diese Auffassung auch im zweiten Bande trotz der Wiederaufnahme der Delbrück'schen These durch E. Zechlin, «Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890—1894» (Stuttgart 1929), festhalten (II, 260, Anm. 425 h und 278, Anm. 426 p, q und t). «Diese Staatsstreichabsichten haben sich vielmehr während des Frühjahrs 1890 zu festem Vorhaben so wenig verdichtet als in der vorausgehenden Periode, sondern sind lediglich eine bei der Kampflust des vulkanischen Mannes wohl verständliche extreme Erwägung geblieben» (II, 280) [6]. Daß er dem Monarchen alle Gewalt, der Volksvertretung nur eine sehr geringe gegeben hatte, sollte nun Bismarck selber zum Verhängnis werden, hatte er doch die öffentliche Meinung verhindert, sich irgendwie wirksam zur Geltung zu bringen, da sie gar nicht dazu erzogen und geschult war, zu den Ereignissen unabhängig und selbständig Stellung zu nehmen. «Der Kanzler zerschlug bewußt den Liberalismus und drückte gleichzeitig das Parlament systematisch herab, sodaß die Entwicklung zu modernen Verfassungsformen fast unmöglich ward» (II, 417). Gagliardi erwägt

---

[6] Gagliardis Auffassung wird neuerdings auch von Fritz Hartung, Deutsche Geschichte 1871—1919, 4. Aufl. Leipzig 1939, S. 136 geteilt: «Daß er das Sozialistengesetz absichtlich habe scheitern lassen, wie H. Delbrück aus Bismarcks Benehmen gegenüber dem konservativen Führer von Helldorff hat schließen wollen, und daß er damit zur Begünstigung seiner angeblichen Staatsstreichpläne Verwirrung habe stiften wollen, dafür ist auch in der ausgedehnten Forschung der Nachkriegszeit kein Beweis erbracht worden».

dabei an zahlreichen Stellen die für die Geschichte Deutschlands wohl bedeutungsvollste Frage, ob das deutsche Volk überhaupt je zur Mitwirkung an den öffentlichen Dingen reif gewesen wäre. «Selbstverständlich darf der Fürst für diese während vieler Jahrhunderte entstandene Schwäche des gesamten Volkstumes keineswegs allein verantwortlich gemacht werden. Man kann höchstens sagen: ein anderer Charakter, ein weniger absolutes Regime wären so verhängnisvollem Zug entgegengetreten, statt sich seiner zu bedienen» (II, 326), «besaß es doch (das Gesamtvolk) während der ganzen Vergangenheit nie die genügende politische Kraft, um das eigene Los selbsttätig zu gestalten!» (II, 265). «Die Rolle des für die nationale Entwicklung doch völlig unentbehrlichen Bürgertums jedoch beschränkte sich namentlich während Bismarcks späteren Jahren fast auf das bloße Dabeisein. Von organischer Verbindung der einzelnen Bevölkerungsklassen, d. h. von ihrem wetteifernden, einträchtigen Schaffen für den Staat — analog etwa den englischen Zuständen — war kaum die Rede. Der zusammenhaltende Reif umschloß die auseinanderstrebenden Elemente vielmehr nur rein äußerlich. Denn gerade wie die für die Briten besonders charakteristische örtliche Selbstverwaltung fehlte — abgesehen von dem verhältnismäßig unabhängigen Städtewesen — gewannen die deutschen Parlamente niemals die Bedeutung der französischen Kammern oder gar des englischen Unterhauses, selbst soweit sie adelige mit bürgerlichen Elementen vereinigten» (II, 284). Dem Bürgertum war «von etwa 1880 ab das politische Rückgrat gebrochen» (II, 286), «der bisherige Oppositionswille brach überwiegend in einer geistigen Kapitulation zusammen, die unheilvollerweise sogar des Fürsten persönliche Machtstellung mehr als ein Vierteljahrhundert lang überdauerte» (II, 286). Gagliardi weist dann auch auf die während und nach dem Weltkriege eintretenden Folgen hin. Zum Teil erklärt sich ja dieser Zusammenhang, daß nämlich «die Freiheitsfrage, d. h. die unmittelbare Beteiligung der Nation an dem eigenen Geschick ... auf das tote Geleise verfahren worden» war (II, 292), durch die großartige Entwicklung der deutschen Geschichte, auf die Bismarck zurückblicken konnte. «Auf der anderen Seite aber hatte die Erfüllung jahrhundertealten Sehnens — außer dem erstaunlichen

Wirtschaftsaufschwung, der als Folge endlich erreichten Zusammenschlusses jedes Jahr sich noch steigerte — den Großteil der Nation mit früher kaum gekanntem Geiste der Einheit erfüllt. Gerade das Bürgertum schien den ihm zugemuteten politischen Verzicht gar nicht mehr besonders schmerzlich zu spüren« (II, 316). Allerdings fehlten doch nicht hervorragende Männer, wie Eugen Richter, Ludwig Bamberger, Virchow, Theodor Mommsen und andere, die «mindestens die geistige Verwahrung hoher Art gegen Bismarcks Diktatur» einzulegen fähig waren (II, 305/6). So nahm Bismarck gegenüber einer unreifen Nation geradezu die Stellung eines «gewalttätigen Vormundes» (II, 238) ein. «An dem Fürsten selber erwahrte sich also jetzt bis zu einem gewissen Grade das scharfe Urteil seines alten Gegners Theodor Mommsen: Der Schaden der Bismarck'schen Periode ist unendlich viel größer als ihr Nutzen; denn die Gewinne an Macht waren Werte, die bei dem nächsten Sturme der Weltgeschichte wieder verloren gehen; aber die Knechtung der deutschen Persönlichkeit, des deutschen Geistes, war ein Verhängnis, das nicht mehr gut gemacht werden kann» (II, 238). Gagliardi selber bemerkt schließlich: «Kümmert sich eine Nation um die eigenen Angelegenheiten nicht mehr, so kapituliert sie damit vor dem Unverstande gleichzeitig so gut wie vor etwaig überlegener Weisheit» (II, 326).

Bismarcks autokratisch-diktatorische Regierungsweise richtete sich ja aber keineswegs nur gegen das Bürgertum, sondern mit ganz besonderer Schärfe gegen den vierten Stand und seine politische Organisation, die Sozialdemokratie. An dieser Frage war ja, wie der erste Teil es ausführlich erzählt hatte, der Gegensatz zwischen Kaiser und Kanzler zu voller Schärfe entzündet worden. Wir dürfen wohl auf den viel leichter zugänglichen ersten Band verweisen und brauchen nur kurz auf die Sachfragen zurückzukommen, um den Gesamtzusammenhang festzuhalten. Es muß Wilhelm II. zugebilligt werden, daß er in der Frage der Sozialpolitik in den ersten Jahren seiner Regierung auf dem Wege war, den die Zeitverhältnisse forderten. In der Denkschrift, die er dem Kronrat vom 24. Januar 1890 vorlegte, entwickelte er seine Gedanken. Die Industrie habe sich in Deutschland so rasch entwickelt, daß das Kleingewerbe dem Umschwung nicht habe folgen

können. Weder die Fabrikanten noch die Öffentlichkeit habe sich um das entstehende Proletariat gekümmert. Der sich selbst überlassene Arbeiter falle infolgedessen der Sozialdemokratie anheim. Um nun drohenden Streiks vorzubeugen, da er nicht seine Regierung mit blutiger Unterdrückung von Unruhen beginnen wolle, seien Reformen notwendig. Durch Reduktion der Tätigkeit an Sonntagen und während der Nacht, sowie der Beschäftigung von Frauen und Kindern lasse sich viel zur Besserung der Lage tun. Es müßten Arbeiterausschüsse in Verbindung mit staatlichen Fabrikinspektionen, sowie Einigungsämter für Streiks geschaffen werden. Der Kaiser vertrat diese Gedanken mit umsomehr Recht, als sie durchaus sowohl von der öffentlichen Meinung wie von der überwiegenden Mehrheit des Reichstages gewünscht wurden. Gagliardis Urteil über Wilhelms II. Sozialpolitik im Ganzen lautet dann allerdings am Schluß des zweiten Bandes doch nicht günstig: «Ein klares sozialpolitisches Programm, das des Kanzlers Verabschiedung durch unabweisbare Entwicklungsnotwendigkeiten hätte rechtfertigen können, besaß der Kaiser freilich ebenfalls nicht, trotz allen Anläufen, mit Hilfe der Fachleute zu solchem zu gelangen. Nicht aus der deutlichen Erkenntnis, daß Bismarcks Politik gegen die Sozialisten erfolglos geblieben sei, entschloß sich der Monarch zu seinem veränderten Kurs, sondern aus der rein stimmungsmäßigen Erwägung, das eigene Regiment könne er nicht mit scharfem Konflikte, womöglich mit einem Blutbad anfangen» (II, 531). Aber — «wenn die sachliche Notwendigkeit für Bismarcks Rücktritt seit Mitte März 1890 gewiß feststand bei der Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zum Monarchen, die durch den Fürsten großenteils verschuldet worden war, angesichts von Bismarcks Katastrophenpolitik, ferner nach der Änderung der parlamentarischen Lage, so hat der Kaiser die persönliche Legitimation zu seinem Eingreifen dadurch doch fast ganz preisgegeben, daß er von allen Positionen hinterher wieder wegrückte, die er im Kampf gegen den früheren Mentor ursprünglich bezogen hatte. Weder der Haß gegen Windthorst oder das Zentrum, noch die Beseitigung der Kabinettsordre überdauerten nur die nächsten Monate. In der Sozialfürsorge vollends büßten Hinzpeter nebst Berlepsch ihren Einfluß an den Freiherrn v. Stumm-Halberg ein, d. h.

an dessen patriarchalisches System: Alles für, nichts durch die Arbeiter tun zu lassen, an seine Befürwortung repressiver Zwangsmaßregeln selbst gegen Stoeckers Partei, gegen die Leute von Naumanns «Hilfe», ja wider die Kathedersozialisten» (II, 534).

Trotzdem Bismarck selber 1881 eine staatliche Sozialpolitik in die Wege geleitet hatte durch die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, indem er sich für Arbeiterproduktivgenossenschaften mit staatlichem Kredit, für staatliche Initiative im Hilfskassenwesen, für Koalitionsfreiheit und anderes ausgesprochen hatte, trat er dann schon 1885 wieder den Anträgen auf Schaffung gesetzlicher Sonntagsruhe in der Industrie entgegen. Jetzt äußerte er sich in der schroffsten Form gegen die Pläne des Kaisers. Stets häufiger erschien ihm die Förderung der augenblicklichen Unternehmerinteressen als die Quintessenz der öffentlichen Fürsorge für die niedern Klassen. Er fürchtete, die Beschränkung der Arbeit würde Tausende brotlos machen, die Arbeiterschutzvorlagen müsse man eigentlich als Arbeiterzwangsgesetze bezeichnen, sie würden nur den Beweis dafür liefern, daß sich die Regierung der Sozialdemokratie gegenüber für schwach hielt. «Die soziale Frage sei nicht mit Rosenwasser zu lösen: hiezu gehöre Blut und Eisen» (I, 69). «Denn schon die republikanische Tendenz der ganzen Bewegung widersprach scharf seinem bestimmten Glauben, bloß das starke Königtum eigne sich für eine Großmacht mit derart schwierigen Daseinsbedingungen» (II, 298). So versäumte der große Reichsgründer auf diesem Gebiete konstruktive Möglichkeiten. Besonders verfehlt war sein Wille zur gewaltsamen Abwehr mittelst des Sozialistengesetzes. «Daß dieses Ausnahmegesetz eine der verhängnisvollsten Mißrechnungen in des Kanzlers Laufbahn gewesen ist, wird heute wohl nur von Wenigen noch bestritten» (II, 300, Anm. 427 g). So lautet schließlich Gagliardis Urteil über Bismarcks Innenpolitik überhaupt überwiegend negativ. «Man darf also von wahrhaft tragischem Mißkennen der Entwicklungstendenzen bei Bismarck sprechen, die das 19. Jahrhundert erfüllten» (II, 518). «Ein Gefühl tieferer Unlust machte sich vielmehr geltend, dem man wenigstens für die Innenpolitik das Recht kaum absprechen darf» (II, 261). Dieses Urteil kommt besonders auch in allen jenen Äußerungen Gagliardis zum

Ausdruck, die von der Gefahr einer persönlichen Diktatur sprechen. «Die Bewährung des Systems ruhte also fast ausschließlich auf der Qualität, sei es nun des Kanzlers, sei es des Monarchen. Fehlte die Führerpersönlichkeit, so fiel alles auseinander» (II, 287). Gagliardi läßt wiederholt Gustav Freytag zum Worte kommen, der schon im Herbst 1881 an Albrecht v. Stosch geschrieben hatte: «Spät und langsam erkennen die Deutschen, daß der Mann, dem sie nach deutscher Art alles Große und Gute angedichtet haben, nicht alle Eigenschaften eines Biedermannes besitzt. Diese Erkenntnis ist leidig; aber sie war nötig. Denn Seele und Leben einer Nation dürfen nicht lange von dem Gemüt und Gewissen eines Einzelnen abhängen und in ihrem wichtigsten Inhalt durch die Selbstherrlichkeit eines Mannes geleitet werden; das Volk bezahlt solche Herrscher zu teuer, wie groß auch der Fortschritt sei, den der eine ihm bereitet hat!» (II, 344). Und Gagliardi faßt zusammen: «Ein Menschenalter lang hatte der Dämonische eben einzig durch die Macht, niemals jedoch kraft der Freiheit, durch den zustimmenden Willen des für das Formen des eigenen Schicksals mitberufenen Volkes regiert. Jetzt erntete der frühere Diktator, was mittels der bloßen Macht ausgesät worden war. Denn nachdem vielleicht niemand so stark als gerade Bismarck unwillentlich dazu beigetragen hatte, den deutschen Bürgermut abzutöten, jeden in der Nation etwa noch vorhandenen staatlichen Willen zu ersticken, wandte das Ergebnis dieser fast drei Jahrzehnte dauernden Bevormundung sich nun wider deren Urheber selber» (II, 384).

Nun erhebt sich aber die Frage, wo denn angesichts dieser negativen Bilanz der Innenpolitik die positiven Seiten des Bismarck'schen Werkes zu suchen seien. Ganz selbstverständlich in der Reichsschöpfung an und für sich, deren Begründung in den Kriegen gegen Österreich und Frankreich von 1866 und 1870 und deren Erhaltung in der Folgezeit, in einer von Spannungen zwar nicht freien, im Ergebnis aber doch friedlichen Periode von zwanzig Jahren, die selbst Bismarcks Sturz noch vierundzwanzig Jahre überdauerte, seine großartige außenpolitische Leistung war. Schon im ersten Bande hatte deshalb Gagliardi die engere Frage aufgeworfen, ob die Gewalt und Diktaturpolitik nach Innen nicht

eine Notwendigkeit der außenpolitischen Stellung Preußens und des Reiches gewesen sei (I, 188, 192, 318). Er gibt dann auch im zweiten Bande durchaus zu, «daß das Reich außenpolitisch eben nach wie vor stark bedroht blieb» (II, 263). «Das von Großmächten umgebene Deutschland konnte ohne einheitliche Steuerung, ohne starke Truppengewalt tatsächlich kaum leben» (II, 291). «Der fortwährend anschwellenden Proletarierklasse vollends ein staatliches Betätigungsfeld anzuweisen, bedeutete für ihn die empfindlichste Erschwerung aller auswärtigen Beziehungen, wie er sie nie zugegeben hätte» (II, 298). «Die außenpolitischen Bedürfnisse seiner Schöpfung empfahlen ihm indes die denkbar stärkste Machtkonzentration so gut, wie der persönliche Herrscherwille sie verlangte» (II, 312). Aber trotz der Anerkennung solcher Zusammenhänge hält Gagliardi auch im zweiten Bande, wo er sie besonders betont, an dem schon im I. Teil gegebenen Urteil fest: «Denn mag der Primat der auswärtigen Politik noch so sehr feststehen: die Spannungen zwischen den innen- und außenpolitischen Bedürfnissen eines Volkes können ebenfalls zerstörende Wirkungskraft annehmen...» (I, 192). «Wenn nämlich die fünfzigjährige Rüstung, zu der auswärtige Gefahren die Nation nach des Fürsten bekanntem Ausspruche verurteilten, das Unterordnen der Gesamtentwicklung unter die fortwährende Notwendigkeit möglichst imponierender Machtanhäufung erzwang, stellte sich tatsächlich die Frage, ob zu Hause nicht mehr zerstört, als vor den Nachbarn verteidigt ward; ob um des äußeren Friedens willen nicht der Kampf gegen die eigenen Volksgenossen geführt; ob der scheinbaren Stärke nicht die tieferen Zwecke sogar des politischen Organismus geopfert wurden, d. h. ob solch dauernde Rücksicht auf eine Art Kriegszustand zuletzt nicht darauf hinauslaufe, «propter vitam vivendi perdere causas» (II, 263). «Mag man die überragende Wichtigkeit jenes außenpolitischen Gesichtspunktes: die Wirkung des deutschen Systems besonders auf den Zaren so gut wie die Notwendigkeit straffen Zusammenschlusses eben noch so stark betonen — das heimische Geschehen mußte sein Eigenrecht früher oder später trotzdem geltend machen!» (II, 521).

Diese Einsicht vermag jedoch die Größe der außenpolitischen

Staatskunst Bismarcks nicht zu schmälern. Zwar ist Gagliardis letztes Werk gerade in diesem Thema Torso geblieben. Erst in einem dritten Teil, der Bismarcks Außenpolitik und die Auswirkungen nach der Entlassung im «Neuen Kurs» von 1890 darstellen sollte, auf den aber der Verfasser, wie die Herausgeber des zweiten Bandes im Vorwort sagen, schon zu seinen Lebzeiten verzichtet hatte, hätte die volle Abrundung bringen können. Aber trotzdem ist der Reichtum und die Fülle der Angaben und Bemerkungen Gagliardis zum Problem der Bismarck'schen Außenpolitik so groß, daß sein Urteil darüber durchaus klar erkennbar ist. Am eindrucksvollsten tritt uns Bismarcks außenpolitische Zielsetzung in der Erzählung über seine Audienz mit Zar Alexander III. am 11. Oktober 1889 in Berlin entgegen. «Vor allem suchte er den Zaren zu überzeugen, daß Deutschland nie daran denke, Rußland mit seiner militärischen Macht anzugreifen — da es selbst im günstigsten Fall aus einem derartigen Kriege keinerlei Nutzen zu ziehen vermöge. Ein weiterer Zuwachs seines polnischen Gebiets wäre ja geradezu ein Unglück, und der Erwerb der Ostseeprovinzen würde ihm eine ebenso unnatürliche, wie unhaltbare Grenze schaffen» (II, 44). Bismarck betonte seine Entschlossenheit, loyal an den Bestimmungen des Berliner Vertrages von 1878 festzuhalten. «Die Besorgnis, die Alexander darauf vor einem allfälligen Einrücken österreichischer Truppen in Serbien verriet, entkräftete er durch die Darlegung: das Wiener Kabinett betrachte die dortigen Dinge mit Gleichmut und Ruhe, so daß er keine gefährliche Zuspitzung fürchte» (II, 46—47). Über die Weltlage äußerte er sich: «Falls ein Krieg zwischen Rußland und England wegen des asiatischen Besitzstandes erfolgen sollte, würde Deutschland, da seine Interessen dadurch in keiner Weise berührt seien, unparteiischer Zuschauer bleiben» (II, 46). «Deutschland besitze zwar viele gemeinsame Interessen mit England, und die traditionellen Beziehungen zu ihm schlössen jeden Streit aus. Es sei deshalb von vitaler Bedeutung für das Reich, daß die britische Machtstellung erhalten bleibe» (II, 47). Bismarck beruhigte den Zaren mit dem Hinweis: «Deutschland besitze im Schwarzen und im Mittelmeer keinerlei politische Interessen» (II, 48). Allerdings war das vom großen Kanzler angestrebte Gleichgewichtssystem

gerade durch seine seit 1878 von ihm selber geschaffene Grundlage, den Berliner Vertrag, gefährdet worden. «Damals (im Sommer 1879) hatte der Kanzler sich nämlich — unter dem Drucke drohender Forderungen von seiten Alexanders II. an dessen Oheim Wilhelm I. — zur tatsächlichen Preisgabe des einst 1873 getroffenen Dreikaiserabkommens mit Rußland und Österreich, sowie zur Bevorzugung Franz Josephs, entschließen müssen» (II, 121). Er konnte aber 1881 und 1884 wieder darauf zurückgreifen. «Vor allem war Bismarck nie gewillt, die Führung in der daneben weiterbestehenden österreichischen Allianz, d. h. die Bestimmung über die durch Deutschland zu unterstützenden Ansprüche und Forderungen dem schwächeren habsburgischen Bundesgenossen irgendwie abzutreten» (II, 121—122). So beruhte die Größe des gewaltigen Staatsmannes darauf, daß er die Grenzen der außenpolitischen Wirkungsmöglichkeiten und Erfolge Deutschlands klar erkannt hatte und danach handelte. Sein wichtigstes Bemühen war darauf gerichtet, das Verhältnis Deutschlands zu Rußland gut zu gestalten. Er mußte hierin aber gegen die Auffassung und die Intrigen der immer stärkeren Einfluß gewinnenden Militärclique um den Generalstabschef Waldersee ankämpfen. «Jahre lang hatte angesichts der verdüsterten Weltlage der Kampf um den Präventivkrieg zwischen den obersten politischen und den militärischen Stellen des Reiches getobt» (II, 425). «Mochte Moltkes Nachfolger also auf das schnelle Niederringen der Gegner in Ost und West hindrängen, bevor deren bündnismäßiger Zusammenschluß vollzogen und die beiderseitigen Rüstungen abgeschlossen seien. Daß er dabei die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung sozusagen der gesamten Generalität für seine Aktionspläne besaß, blieb keinerlei Geheimnis — den 90jährigen Feldmarschall sogar mit eingerechnet! Zu Hunderten liegen die Zeugnisse heute vor, die beweisen, wie fast alle Berufsgenossen die Ansichten des sanguinischen Draufgängers teilten. Die Erwartung des Zweifrontenkampfes hatte sich eben seit Mitte der achtziger Jahre so sehr verbreitet und vertieft, daß man sie als das Allgemeingut dieser Soldatengeneration bezeichnen darf» (II, 434). «Indes der Fürst die ultima ratio des Präventivkrieges nach Erwägung aller dagegen sprechenden Faktoren beharrlich ablehnte» (II, 428). «Sie

wollen mich in den Krieg drängen, und ich will den Frieden. Einen Krieg vom Zaun brechen, wäre frivol: wir sind kein Raubstaat, der Krieg führt, nur weil es eben einigen konveniert,» hatte er am 17. März 1887 dem österreichischen Kronprinzen Rudolf geäußert (I, 249, Anm. 311).

Die schönste Rechtfertigung für seine Haltung erhält dann Bismarck in der Reaktion des Auslandes, besonders aber Rußlands, auf sein Ausscheiden aus den Ämtern. «In Petersburg besonders herrschte ein wahrer Schrecken» (II, 181). Trotz der Spannung von 1879 erkannte man jetzt am Zarenhof, wie enorm wertvoll die friedliche Haltung Bismarcks Rußland gegenüber gewesen war. Hatte sich doch der Kanzler selber noch am 17. März 1890 dem russischen Botschafter gegenüber in der freimütigsten Weise ausgesprochen: «Was sollte ich denn von Seiten Rußlands fürchten? Wie ich Ihnen bei unserer letzten Unterredung sagte, ist es mir vollkommen klar, daß, wenn wir uns verhängnisvollerweise in einen Krieg mit Frankreich verwickelt fänden und Rußland uns dann, für den Fall unseres Erfolges, in einem gegebenen Augenblick «Halt» zuriefe, wir auch «Halt» machen müßten. Unterdessen würde das Zarenreich ja unzweifelhaft seine Tätigkeit im nahen Oriente erneuern. Aber was könnte das uns kümmern? Wir anerkennen Ihre Rechte in Bulgarien, und wenn Sie selbst bis Konstantinopel gingen, würde das uns ebenfalls nicht berühren. Dies sind die Prinzipien und Ideen, von denen ich mich bisher leiten ließ, kraft derer ich für ein freundschaftliches Übereinkommen mit Rußland gestimmt war. Ich würde immer dafür eingetreten sein, sofern ich an der Regierung bliebe. Und natürlich wäre es mir ebenfalls nicht eingefallen, mich darum zu sorgen, daß etwa Königsberg oder unsere polnischen Provinzen von Ihnen annektiert würden!» (II, 189). «Dem großen Gestürzten ließ Alexander III., im Gegensatz zu früher, übrigens nunmehr jede Gerechtigkeit widerfahren. Er erklärte dem Diplomaten (Botschafter Schweinitz) ausdrücklich, Bismarck habe den Russen manchmal zwar recht wehe getan; aber jetzt sei man doch zu richtigem Verständnisse seiner Tätigkeit auf dem Berliner Kongresse gelangt» (II, 194). Der tragische Gegenbeweis für das Recht von Bismarcks Außenpolitik blieb nicht aus. Trotz allen schönen Versicherungen

Wilhelms II. und seiner Umgebung, in der deutschen Politik werde sich nichts ändern, trat doch die entscheidende Wendung ein. «Unterdessen war freilich bereits eine ungeheuer wichtige sachliche Abweichung von der Bismarck'schen Außenpolitik eingetreten: der Entschluß zur Nichterneuerung des russischen Rückversicherungsvertrages ... hier muß zunächst die bloße Erwähnung eines Verhängnisses genügen, das die deutsche Politik, ohne daß solches beabsichtigt gewesen wäre, von Grund aus änderte, das sie vor die längst befürchtete Gefahr des russisch-französischen Zweibundes stellte und damit eine der Grundvoraussetzungen für den späteren Weltkrieg schuf» ... «als unmittelbare Folge des bewußten Abweichens von dem Allianzsystem, das der ehemalige Diktator während Jahrzehnten mühevoll geschaffen hatte. Dieses Ausgleiten ist deshalb das gar nicht wegzustreitende außenpolitische Ergebnis der Kanzlerkrisis» (II, 483/497).

Bismarck war, im Ganzen gesehen, seit 1871 eine ausgesprochene Friedensgarantie für Europa gewesen. Gerade die russische Diplomatie stellte ihm dieses Zeugnis aus, aber auch die französischen Stimmen schlossen sich, wenn auch etwa im «Temps» nur in der einschränkenden Form, an, «der Gedanke des Weltfriedens scheine sich ihm mit dem der deutschen Oberherrlichlichkeit zu decken: Es war eine Art pax Germanica, nach dem Vorbilde der pax Romana» (II, 212), während der österreichische Botschafter zu Paris, Graf Hoyos, den Eindruck gewann, alle Welt sei sich einig, in Bismarcks Verschwinden den Verlust einer Friedensbürgschaft zu erblicken (II, 215). Sogar die englische Presse beklagte den Rücktritt des — nach den Worten der «Times» — die kontinentale Politik völlig beherrschenden großen Mannes, der dem europäischen Frieden immense Dienste geleistet habe (II, 219).

Bismarcks Sturz war unmittelbar durch die persönlichen und die innenpolitischen Verhältnisse hervorgerufen worden. Kaiser Wilhelm II. konnte nicht warten, bis er sein eigener Herr war. In seinem Eintreten für eine Arbeiterschutzgesetzgebung hatte er die öffentliche Meinung und das sachliche Recht auf seiner Seite. Ja, diese Frage ließ das Ausscheiden des Kanzlers eigentlich als eine Notwendigkeit erscheinen. Die diktatorische Stellung, die

Bismarck bekleidet hatte, verhinderte nun mittelbar das Eingreifen parlamentarischer Instanzen oder der öffentlichen Meinung Deutschlands zu seinen Gunsten. Die außenpolitische Bedeutung seines Rücktrittes war aber breiteren Kreisen gänzlich verhüllt. Auch der Kaiser selber zeichnete sich durch seine trostlose Ahnungslosigkeit aus. Trotzdem ihm Bismarck im Rücktrittsgesuch vom 18. März 1890 die Sachlage dargelegt hatte, blieb Wilhelm II. «seinen Argumenten völlig unzugänglich». Seine Rede an die Generäle am Abend des 18. März verriet «die ahnungslose Überhebung» (II, 154), so daß der russische Botschafter sich fragen konnte, «ob der junge Monarch überhaupt normal sei» (II, 191). Gerade in den außenpolitischen Zusammenhängen und Folgen lag aber die tiefste geschichtliche Bedeutung von Bismarcks Entlassung. «Da die außenpolitische Stellung des Reiches, trotz der in den letzten Monaten errungenen Besserung, noch immer als äußerst verletzbar gelten mußte, weitete die ursprünglich zunächst des Arbeiterschutzes wegen entstandene Krisis sich von nun ab aus zu einem Wechsel der gesamten europäischen Mächtegruppierung. Denn der Fürst, der sogar nach dem Worte eines Franzosen, des ehemaligen Außenministers und Botschafters in London, Waddington, die größte Friedensgarantie des Erdteils darstellte, und der den Rang eines Schiedsrichters besaß, wie ihn nach seinem Rücktritte kein anderer jemals mehr erringen werde, bedeutete einen derart überragenden Faktor in der politischen und moralischen Ordnung der Dinge, daß er in Wahrheit auf keine Weise jemals ersetzt werden konnte» (II, 103). Die schwere negative Belastung, die auf dem Bismarck'schen Werk in seinem innenpolitischen Sektor ruht, wird durch die Größe der Außenpolitik zuletzt doch nicht aufgehoben, da auch diese so sehr die rein persönliche Schöpfung des Reichskanzlers war, daß sie nach seinem Ausscheiden niemand mehr handhaben konnte und sie zusammenbrechen mußte. «Mag das Wirken jener Einmaligen zunächst oft nur als gewaltige, doch beinah zusammenhangslose Episode anmuten — mögen sie ihren Nationen weit eher das wesenlose Schemen des Ruhmes, die erhabene geschichtliche Erinnerung, statt wahrhaft lebensfähiger Einrichtungen hinterlassen. Die Spur dergestalt schicksalsmächtiger Erdentage läßt sich trotz-

dem nie verwischen!... Universalhistorisch betrachtet, ist der Bismarck'sche Machtorganismus einer dieser Umwege geworden, die dem Ziel oft fast bis zur Greifbarkeit nahe führen: eine jener vorübergehenden Realisierungen, die, als andeutende Vorexistenz des Künftigen, trotz der Vergänglichkeit ihrer Form, die Gemüter sogar für die Zukunft stets ebenso lebhaft bewegen werden, wie in Vergangenheit oder Gegenwart... Doch als früheste, stolzeste Verwirklichung des nationalen Gedankens, nach Jahrhunderten der Zerrissenheit, als «das erste mächtige und imponierende Sinnbild des geeinten deutschen Vaterlandes» wird die Bismarck'sche Gestaltung — gleich der von ihr sonst gänzlich verschiedenen napoleonischen Legende — den Zauber, die ihr gar nicht abzustreitende Verführungskraft so lange behaupten, bis neue, dem Volksbewußtsein besser entsprechende Einrichtungen dereinst sich durchgesetzt haben werden» (II, 528).

So versuchte Ernst Gagliardi wohl noch vor Mitte der dreißiger Jahre das große vergangene Geschehen geistig zu fassen und einzuordnen. Muß es das Schicksal der Menschheit bleiben, immer wieder in neuem Taumel den Verführungskünsten großartiger Machtgestaltung zu verfallen, oder dürfen wir auf den Tag hoffen, da Friede und Recht unser Leben bestimmen?